

Der Petent beehrte mit seiner Eingabe eine digitale Gleichstellung aller Bundesländer mit dem Bund.

Die um Stellungnahme gebetene Staatskanzlei Rheinland-Pfalz teilte zu dem Anliegen des Petenten mit, dass Bund und Länder bereits heute auf Grundlage etablierter und sicherer Verfahren kooperieren und kommunizieren. Die sichere Zusammenarbeit werde durch den Einsatz bestehender Verwaltungsnetze sowie durch neue technische Konzepte im Kontext des D-Stacks (Deutschland-Stack) weiter unterstützt und strukturiert. Die Staatskanzlei erklärte weiter, dass zukünftig zentrale, standardisierte Lösungen im Rahmen der Deutschland-Architektur (D-Architektur) verstärkt eingesetzt werden sollen, um die föderale Zusammenarbeit technisch weiter zu vereinheitlichen und zu festigen. Durch die Verknüpfung des D-Stacks als technologischem Operator mit der strategischen Perspektive der D-Architektur soll eine interoperable, sichere und föderal anschlussfähige digitale Kommunikation zwischen Bund, Länder und Kommunen verstetigt werden.

Der Petitionsausschuss des Landtags Rheinland-Pfalz hat in seiner nicht-öffentlichen Sitzung am 14.04.2026 beschlossen, die Eingabe einvernehmlich zu erledigen.